

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 15

Artikel: Länder contra Nationen : innenpolitische Entwicklungen in Osteuropa 1918-1948
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094711>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Innenpolitische Entwicklungen in Osteuropa 1918–1948

Länder contra Nationen

Beginn einer Untersuchungsfolge von Laszlo Revesz

Was ist eigentlich diese Bessarabien-Frage, die dieses Jahr ins politische Gerede gekommen ist? Weshalb hält man in Jugoslawien den kroatischen Nationalismus für so gefährlich? Und wie ist es möglich, dass durchaus nicht moskauhörige Ungarn auf die sowjetische Invasion der Tschechoslowakei 1968 mit der Bemerkung «So, kriegen diese es endlich auch einmal zu spüren!» reagiert haben?

Die Antwort liegt in einer überaus verschobenen Nationengeschichte Osteuropas nach dem Ersten Weltkrieg. Damit befasst sich Prof. Revesz in der Arbeit, mit deren Publikation wir hier beginnen.

Wir haben im «ZeitBild» sicher keinen Hang, die nationalen Fragen hochzuspielen. Zentral beschäftigt uns die Frage des politischen Systems. Aber wir müssen die Tatsache zur Kenntnis neh-

men, dass es nicht nur von Individuen getragen oder ertragen, gelitten oder erlitten wird, sondern auch von Völkern, Ländern, Nationen und Nationalitäten.

Die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur ist grundsätzlicher Art, doch wird sie immer in der konkreten Landschaft ausgetragen. Auch im Rahmen von nationalen Grenzen und ethnischen Begrenztheiten.

Osteuropa kam zu seinem Einheitsmodell, nachdem man ihm die Grundlage zur Einigkeit, das ausgewogene Zusammenleben von Völkern und Ländern, entzogen hatte. Die Geschichte wirkt in tausend Details nach, aber auch in der Lehre, dass die Zerrissenheit der Schwachen dem Star-ken zu mündgerechten Portionen verhilft, die er nicht verschmäht.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde in Osteuropa alles verändert, aber fast nichts verbessert. In den neuen Ländern kamen einige Schichten des nunmehrigen Staatsvolkes zu einem angenehmeren Leben, aber sonst waren Elend und Unterdrückung noch ausgeprägter als zuvor (z. B. unter der königlich-kaiserlichen Monarchie Oesterreichs).

Was die Tschechen, Slowaken, Rumänen, Serben und Polen vor 1918 für sich beansprucht hatten, das wollten sie nach Errichtung ihrer jeweiligen Staaten den eigenen Minderheiten nicht gewähren, schon gar nicht irgendwelche territoriale Autonomie.

Die Erbschaft der k. u. k. Monarchie . . .

Ja, die Entrechtung der nicht-staatsbildenden Nationalitäten wurde konsequenter, bewusster und systematischer betrieben als je; sie war schlimmer als in den schlimmen Zeiten des 17./18. Jahrhunderts in Böhmen und Mähren, schlimmer als in den angespannten Jahren zwischen 1867 und 1918 in Ungarn. Auch die Türken hatten sich nach ihrem militärischen Sieg im allgemeinen als tolerant erwiesen; sie verzichteten darauf, den Unterworfenen ihre eigenen Sitten, ihre eigene Religion und Sprache aufzuzwingen, und sie respektierten die vorgefundenen bäuerlich-nationalen Rechtssysteme. Ebenso war die seinerzeitige preussische und österreichische Polenpolitik duldsamer gewesen als die nunmehr vom neuen polnischen Staat verfolgte Nationalitätenpolitik. Unübertroffen blieben höchstens die Unterdrückungsmethoden, die das zaristische Russland nach den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts angewandt hatte.

Zu innenpolitischer Stabilität gelangten die neuen Staaten nicht. Ungelöst blieb in Ungarn die soziale Frage, in Rumänien, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Polen hauptsächlich die nationale Frage. Mit Ausnahme Polens und (des nicht so neuen) Bulgariens bildeten die neuen Staaten schon gar keine geographische und erst recht keine wirtschaftliche und kulturelle Einheit. Man hatte die Grenzen künstlich gezogen, prak-

tisch ausschliesslich nach strategischen Gesichtspunkten. So umfassten sie Staatsteile mit grossen kulturellen und wirtschaftlichen Unterschieden, die eine harmonische Entwicklung unmöglich machten.

Jugoslawien schloss Serbien, Kroatien und Slowenien zusammen, dazu die ehemaligen ungarischen Gebiete von Batschka, Banat und Syrmien, dazu ausgesprochen rückständige Balkanteile. Die Gegensätze waren grösser als seinerzeit zwischen Slowenien und den österreichischen Kronländern oder zwischen Kroatien und Ungarn.

Ebenfalls mit Balkangebietern verbunden wurde Siebenbürgen, ein altes Kulturzentrum sowohl der Magyaren und Sachsen als auch der Rumänen, die eigentliche Heimat des erwachenden rumänischen Nationalbewusstseins.

Polen kriegte das Danaergeschenk der österreichischen und preussischen Teilungsgebiete einerseits und der russischen Teilungsgebiete ander-

seits. Die Gegensätze wurden besonders akzentuiert. Den Polen im ethnischen Sinne standen die Deutschen, Ukrainer und Weissrussen gegenüber, den Katholiken die Orthodoxen, Unierten, Protestanten und Juden.

Die neue Tschechoslowakei umfasste die sogenannten historischen Länder Böhmen, Mähren und die Slowakei mit ihrem unterentwickelten Osten und ihrer teilweisen ungarischen Vergangenheit. Besonders abseitig nahm sich das ruthenische Gebiet aus.

Die grossen Gegensätze in den einzelnen Staaten führten vom ersten Moment an zu innenpolitischen Spannungen. Man suchte sie nur mit autoritären Mitteln zu überwinden: durch die Königsdiktaturen in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien, durch die Diktatur Pilsudskis in Polen.

Alles in allem wurden die zentrifugalen Kräfte stärker als zur Zeit der königlich-kaiserlichen Monarchie. Besonders betrogen kamen sich die sozusagen umgemeindeten staatsbildenden Nationen vor: die Slowaken und Kroaten fühlten sich von ihren jeweiligen Schwesternationen, den Tschechen und den Serben, nicht nur unterdrückt, sondern auch gedemütigt. Die Neuaufteilung Osteuropas hatte ihnen nach ihrem Empfinden die angemessene Gleichstellung vorenthalten.

Überall strebte man den Einheitsstaat an, und nirgends konnte man ihn mit demokratischen Mitteln gewährleisten. Nicht einmal in der an sich demokratisch strukturierten CSR, wo man die Unterordnung der Slowakei auf allerhand Schleichwegen betrieb.

In «Trianon-Ungarn» — dort Rumpfungarn genannt — herrschte hingegen die alte halbfeudale Wirtschafts- und Sozialordnung. Ohne nennenswerte Bodenreform blieb Ungarn das «Land der drei Millionen Bettler», die mit ihren eingeschränkten Wahlrechten unter der De-facto-Vormundschaft von 150 Familien schlechter lebten als in der vielgeschmähten königlich-kaiserlichen Zeit. Mit Ausnahme der Tschechoslowakei (wo die sicherlich echten demokratischen Errungenschaften den Nationen und Nationalitäten nicht gleichwertig zugute kamen) beherrschten Königsdiktaturen sowie oligarchische Staats- und Sozialordnungen die osteuropäische Szene.

Die Verteilung der Blöcke im Ersten Weltkrieg. Schwarz die Zentralmächte (Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei); schraffiert die Entente-Mächte; weiss die neutralen Länder.

(Karte aus «1900—1945», Mladost-Verlag, Belgrad 1968)



Verschoben

haben sich einige Zeilen im Beitrag von Vladimir Predavec in der letzten Nummer. Die ersten zwei Zeilen der Seite 6 sollten ihre letzten zwei Zeilen sein, und die richtigen Ueberlaufssätze von Seite 6 auf Seite 7 lauten dann so: «Der Autor hilft ihnen, indem er zeigt, wogegen sie kämpfen sollen. Das ist relativ einfach. Für einen Menschen der revolutionären Linken genügt es, die ‚erste banale Aufgabe‘ zu erfüllen: den Sinn für Grauen und Abscheu zu erwecken.» Den aufmerksamen Lesern, die uns den richtigen Flick gleich angegeben haben, sei herzlich gedankt.

Es war nicht schwer gewesen, die Monarchie nach dem Kriege zu zerschlagen. Aber es erwies sich als unmöglich, auf ihren Ruinen eine Ordnung mit mehr Toleranz, Gerechtigkeit und Demokratie zu schaffen.

... und das Testament des Versailler Friedens

Die neuen oder territorial neu definierten Gebilde waren an der Pariser Friedenskonferenz ausgehandelt worden. Sie trug nicht nur das Ihre zur späteren unheilvollen Entwicklung in Deutschland bei, sondern gewährleistete geradezu die Instabilität in Osteuropa. Die Delegationen der Verliererstaaten (Ungarn und Bulgarien) wurden nahezu wie Gefangene behandelt und gedemütigt; sie empfanden die resultierenden Friedensverträge als Friedensdiktate.

Die Diplomatie Grossbritanniens und insbesondere Frankreichs konnte sich in Osteuropa (damals Ostmitteleuropa) schlecht aus und liess sich durch die habgierigen Forderungen der Tschechen, Rumänen und Serben irreführen, deren Appetit mit dem Essen wuchs.

So hatte die tschechische Vertretung am 6. Dezember 1918 von Ungarn lediglich ein Gebiet mit 1 972 868 Einwohnern (davon 28,9 Prozent Magyaren) verlangt; bis zum 23. Januar 1919 war daraus schon ein Gebiet mit 3 537 818 Einwohnern (30,2 Prozent Magyaren) geworden.¹ Der Anspruch erstreckte sich auch auf rein ungarische Gebiete bis zu Vacz an der Donau, 30 km nördlich von Budapest, desgleichen auf den «Korridor», das heutige Burgenland. So sollte zwischen den beiden slawischen Staaten CSR und Jugoslawien eine territoriale Brücke geschlagen und Ungarn isoliert werden.

Wie Thomas Masaryk am 5. Januar 1919 in seinen Anweisungen an Benes schrieb, erhoffte er sich dank Zusprechung von Gebieten mit Kohlevorkommen auch einen Einfluss auf Wien, Budapest und Bayern. In Verhandlungen mit den Amerikanern hielt es Masaryk übrigens für angebracht, Territorialforderungen nicht so sehr ethnographisch als vielmehr wirtschaftlich zu begründen.²

Auch Polen und Rumänien gedachten unter Berufung auf historische Rechte zu immer grösseren Gebieten zu kommen, möglichst unter Vermeidung von Volksabstimmungen in den betreffenden Territorien.

Die Rumänen wollten ausser Siebenbürgen auch rein ungarische Gebiete in der Tiefebene bis zur Theiss in Besitz nehmen. Tatsächlich erhielten sie nicht weniger als 103 000 km² zugesprochen, mehr als das Rumpf-Ungarn überhaupt beibehalten durfte. 1918 gelang es ihnen dann dank der

bolschewistischen Revolution, das 1812 von den Russen eroberte Bessarabien zurückzugewinnen und dazu noch die Bukowina zu besetzen. Bezüglich der Süddobrukscha, die im Bukarester Frieden 1913 Rumänien zugeteilt worden war, berief sich Bukarest wie in andern Fällen auch auf die Römerzeit und nannte das Gebiet, nicht anders als Siebenbürgen, die Wiege des rumänischen Volkes.³ Nur war das Volk inzwischen aus seiner Wiege ausgestiegen. 1912 gab es unter den 282 007 Einwohnern der Süddobrukscha ganze 6539 Rumänen.⁴ Was die Bukowina angeht, so gab es dort sowohl Rumänen als auch Ukrainer im Verhältnis von ungefähr 1:1; Bukarest nützte mit seinem Einmarsch die Chance zu einem Fait accompli.⁵

Polen suchte zu seinen Grenzen von 1772 zu kommen und rechtfertigte seine Ansprüche ebenfalls mit historischen Argumenten, ohne Rücksicht auf die ethnischen Gegebenheiten. Durch den Frieden von Riga (18. März 1921) erhielt es grosse ukrainische und weissrussische Gebiete. Litauen seinerseits musste Wilna und Grodno an Polen abtreten, was die Stimmung zwischen den früher eng befreundeten Nationen gründlich verdarb.

Die Kleinen kriegten grossen Hunger

Zu Volksabstimmungen über die künftige Zugehörigkeit kam es nur auf einigen ehemals preussischen Gebieten. Oberschlesien entschied sich mehrheitlich für Deutschland, wurde aber dank polnischen Militäraktionen trotzdem geteilt. In Allenstein und Marienwerder waren die Referendumsergebnisse so eindeutig (nur 2,2 bzw. 7,6 Prozent der Stimmen für einen Anschluss an Polen), dass Warschau sie respektierte.⁶

Der damals in Osteuropa überhandnehmende «Kleinstaatimperialisismus» wurde mit dem besonders von den Franzosen befürworteten Vernichtungskampf gegen den Bolschewismus gerechtfertigt. Tschechen und Jugoslawen marschierten mit dem allgemeinen Segen der Alliierten und dem besonderen Segen der französischen Armeeführung in die Ungarische Räterepublik ein, die Rumänen schlossen sich dieser «Befreiungsmission» an und weiteten sie auf die Sowjetukraine aus, die Polen operierten in den sowje-

tisch gewordenen Gebieten Russlands, Weissrusslands und der Ukraine.

Im neuen tschechoslowakischen Staat stellten laut Volkszählung von 1921 die Tschechen 43 Prozent der Bevölkerung und die Slowaken 22 Prozent; nicht weniger als 35 Prozent entfielen auf die verschiedenen Minderheiten. In Jugoslawien gab es 43,5 Prozent Serben und 24,3 Prozent Kroaten und Slowenen. Die ethnischen Rumänen umfassten 66 Prozent, die ethnischen Polen 59,2 Prozent der Bevölkerung ihrer Länder.

Eine weitere Schwierigkeit für die innenpolitischen Entwicklungen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens ergab sich aus der ungleichen Entwicklung der staatsbildenden Nationen, denen die politische Einheit abhanden kam. Das Hegemoniestreben der Stärkeren (der Tschechen und Serben) führte zur Benachteiligung der Schwächeren (der Slowaken und Kroaten). Das musste sich auswirken. (Fortsetzung folgt)

Anmerkungen

¹ «The Hungarian Minorities in the Succession States», Budapest 1927, S. 83.

² Vgl. «Dokumenty o protilidove e protinarodni politice T. G. Masaryka» (Dokumente über die volks- und staatsfeindliche Politik von T. G. Masaryk), Prag 1953, S. 43–44.

³ «Die Dobrukscha», Bukarest 1940, S. 17.

⁴ Vgl. G. P. Genoff: «Das Schicksal Bulgariens», Berlin 1940, S. 81–82.

⁵ Vgl. Ion I. Nistor: «Die Vereinigung der Bukowina mit Rumänien», Bukarest 1940, S. 38.

⁶ Vgl. «Polen», herausgegeben von Werner Markert, Köln-Graz 1959, S. 22, ferner verschiedene Bände von «Historia Polski», Warschau.

In Kürze

Die Sowjetunion hatte im letzten Herbst nicht damit gerechnet, bei ihrem militärischen Eingreifen in Angola so billig wegzukommen. Das ergibt sich aus einem jetzt bekannt gewordenen Aspekt der damaligen Meuterei auf einem sowjetischen Torpedozerstörer (siehe ZB, Nr. 11/1976). Man hat den unmittelbaren Anlass in Erfahrung gebracht, der zum Fluchtversuch der «Storoschowj» führte. Die Mannschaft hätte zu diesem Zeitpunkt aus dem Militärdienst entlassen werden sollen, aber wegen der Ereignisse in Angola sagte man die Demobilisierung ab und sperrte den Leuten sogar den Landurlaub. Das führte unter der 250köpfigen Mannschaft zum Entschluss, den Handstreich zu wagen.

*

Wie letzten Winter schon im Baltikum, erschienen diesen Frühling auch in Leningrad oppositionelle Slogans auf den öffentlichen Verkehrsmitteln. Am 2. Mai («Tag des Sieges») trugen mehrere Strassenbahnen bei ihrer Ausfahrt aus dem Depot verschiedene Aufschriften, die Unbekannte angebracht hatten. Die eine forderte die Entlassung der politischen Häftlinge, und eine andere fragte sarkastisch: «Wie lange müssen wir noch die Romanows (Zarenfamilie) dulden?» Die mit Sprayfarbe aufgemalten Losungen befanden sich auf der Seite, die dem Eingang gegenüberliegt, und wurden deshalb bei der Betriebsaufnahme am Morgen nicht entdeckt. So fuhren die betreffenden Tramwagen längere Zeit durch die Stadt, bevor man sie aus dem Verkehr zog. Der Depotleiter wurde entlassen. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soj ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)

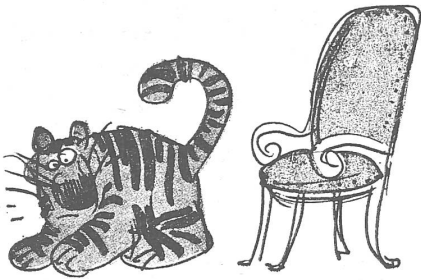
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

Sajdik Ferenc:



Ferenc Sajdik: Einen Tiger traue ich mich schon zu zeichnen, aber einen Minister noch nicht.

Várnai György:

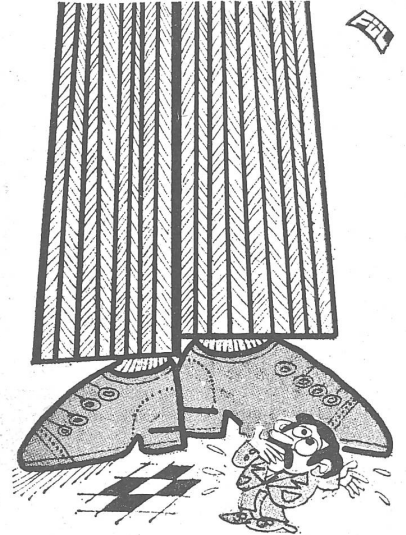


György Várnai: Bis zum Gitter.

Genau das Problem

(Zum Beitrag Seite 2)

Fülöp György:



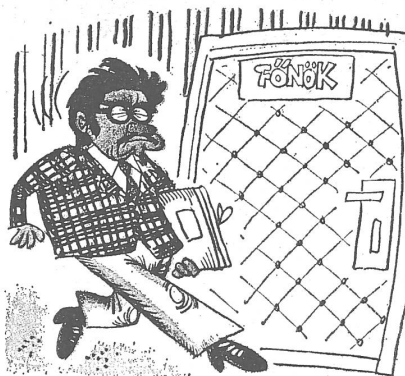
György Fülöp: Mein Mut gegen oben?

Brenner György:



György Brenner: Es kommt vor, dass ich eine andere Meinung habe... psst.

Endrödi István:



Istvan Endrödi: Bis zur Türschwelle (zum Chef).

«Ludas Matyi» (20.5.76), Budapest, stellt die

Frage an unsere Zeichner:

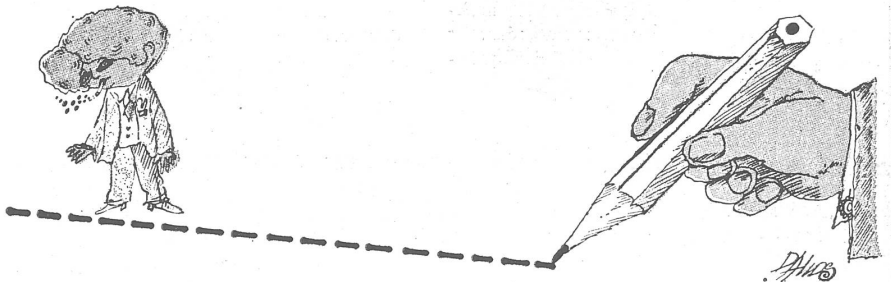
Wie weit geht Ihr Mut?

Balázs-Piri Balázs:



Balazs Balazs-Piri: Bis zur Kritik an den Präsidenten - der USA.

Dallos Jenő:



Jenő Dallos: Bis zur (vorgezeichneten) Linie.